



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/155

31. Oktober 1949

Impartimentale Anmessung

-x. Hatte sich in der Weimarer Zeit eine besonders unangenehme Sorte von Politikern hinter den Schutz des Paragraphen 51 versteckt und in die politische Unzurechnungsfähigkeit zurückgezogen, wenn es gefährlich wurde (wie das bei einigen führenden Nationalsozialisten der Fall war), so wurde nach 1945 die Wendung "Das habe ich nicht gewusst" die grosse Mode. Das politische Dokument dieses Bestrebens nach Läuterung war der "Fersilschein", der die schmutzige Vergangenheit löschen sollte. Dabei ist hier nicht von den kleinen Leuten die Rede, die ihn sich zu verschaffen suchten, sondern von Spitzenfiguren des vergangenen Regimes, die mit einem solchen Papier sich nur den Weg zu neuer verderblicher Wirksamkeit freimachen wollten. Diese Massenerscheinung findet heute ihr Gegenstück bei gewissen Politikern der Ostzone und ihrer westzonalen Freunde.

Die Errichtung der Ostregierung hat die seit langem von allen Kennern ostzonaler Verhältnisse angekündigte effektive Liquidierung der bürgerlichen Parteien mit sich gebracht, wenn diese formal auch weiter bestehen. Darüber wundert sich niemand, der Vorgang ist nur ein neues Glied einer logischen Entwicklungskette. Aber aus diesem Anlass ist doch notwendig, an einiges zu erinnern, von dem gewisse Kreise wünschen, dass es vergessen sein möge. Bis heute haben die bürgerlichen Parteien und ihre Funktionäre in der Ostzone die Fixtion demokratischer Daseinsformen nicht nur aufrecht zu erhalten versucht, es hat darüber hinaus Dutzende von Versuchen gegeben, die von eben diesen sowjethörigen Kreisen ausgingen, den verderblichen östlichen Einfluss unter allen Umständen auf die Westzonen auszuweiten.

Jetzt, da die permanente "Reinigungskrise" in der Ostzone auch für die bürgerlichen Parteien begann, haben nun plötzlich, wie wir

durch merkwürdige Geständnisse am NWDR und auf andere Weise erfahren, Funktionäre der Ost-LDP und Ost-CDU ihr Herz für die westliche

Demokratie entdeckt, die sie bisher, so wie man es von ihnen erwartete, in Versammlungen und in ihren Zeitungen verleumdet und verächtlich

gemacht haben. erinnert man sich der Fülle von painlichen Lobhudeleien auf die "übertreffenden politischen, wirtschaftlichen und kultu-

rellen Leistungen" der Sowjetunion, die aus diesen Kreisen kamen? Heute wendet man sich äusserlich mit der gleichen Inbrunst gegen die

Götter, die man bis vor kurzem anbetete. Unter diesen Umständen fällt es sehr schwer, an die aufrichtigkeit solcher Bekenntnisse zu glauben.

Besonders erstaunlich aber ist die Bereitwilligkeit, mit der in den Westzonen vielfach Rundfunk und Presse, Behörden und Parteien

diese plötzliche Wandlung so konsequenter jahrelanger Mitläufer kritiklos verherrlichen und den Anschein erwecken, als handele es sich

hier um die e r s t e n Opfer einer für das Vaterland entscheidenden Schlacht. Die das tun, haben nie begreifen wollen, dass diese

Schlacht bereits verloren war, als man noch interessiert der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone zusah, in der hinter-

gründigen Hoffnung, nun ihr Erbe antreten zu können. Damals hat man sich in Westdeutschland kaum der entschiedensten Verteidiger der

demokratischen Freiheiten in Mittel- und Ostdeutschland, der Sozialdemokratie, angenommen, während gleichzeitig die bürgerlichen Parteien

der Ostzone willig für alle Beschlüsse der vollkommenen Unterjochung jeder politischen Selbständigkeit stimmten, wie seinerzeit

die entsprechenden Leute für das Ermächtigungsgesetz Hitlers.

Wieder einmal konnten die, die so verfahren, angeblich "nicht wissen", was sie anrichteten. Jetzt versuchen sie sich auf die verschiedenste Weise ein Alibi zu verschaffen, diese "neuesten Opfer

des sowjetischen Terrors". In eitler Selbstbeweihräucherung wird

von einem Widerstandswillen gesprochen, den man solange mit erstaunlichem Geschick unsichtbar bleiben liess. Aber die jahrelangen Opfer

wirklicher Kämpfer werden bewusst ignoriert. Es ist eine impertinente Anmassung, wenn heute von diesen Stellen deklamiert wird:

"Das Schwergewicht des Kampfes um die Freiheit der Ostzone liegt bei der ostzonalen LDP und CDU".

Gewerkschaftskrise in Frankreich

Von Alfred Frisch, Paris

Obwohl verschiedentlich behauptet wurde, der starke Druck der Gewerkschaften habe die Regierung Queuille zum Rücktritt gezwungen,

ist die innere Schwäche der Bewegung heute ein offenes Geheimnis. Keiner der verschiedenen französischen Gewerkschaftsverbände vermochte

seine Anhänger auch nur einigermaßen zu befriedigen, und der auf der ganzen Linie fühlbar gewordene Mitgliederschwund gilt in eingeweihten

Kreisen als Bestätigung für den völligen Fehlschlag der Nachkriegspolitik der Arbeitnehmersverbände. Keine der Zentralen ist zur Zeit

bereit, über ihren tatsächlichen Mitgliederstand Zahlen zu veröffentlichen. Man ist daher auf mehr oder weniger zuverlässige Schätzungen

noch angewiesen. Die kommunistische CGT dürfte kaum mehr als zwei Millionen zahlende Mitglieder haben. Die antikommunistische CGT - Force

Ouvriere - die kurz nach ihrer Gründung Ende 1947 über rund eine Million Anhänger verfügte, soll zur Zeit auf 400.000 Mitglieder abge-

sunken sein. Die Christliche CFTC erreichte ihren Höchststand Anfang 1949 mit nicht ganz einer Million Mitgliedern. Ihr jetziger Bestand

wird wahrscheinlich 600.000 betragen. In den drei grossen Verbänden wären demnach rund drei Millionen Arbeitnehmer organisiert, während

die CGT allein vor ihrer Spaltung über sieben Millionen Arbeiter erfasste.

Die Zersplitterung ist eine der Ursachen der geringen Aktionsfähigkeit. Neben den genannten drei Gewerkschaftszentralen sind die

sogenannten autonomen Gewerkschaften zu nennen (anarcho-syndikalistisch trotzkische Tendenz), ferner der in der zweiten Oktoberhälfte in Pa-

ris gegründete Verband der sogenannten unabhängigen Gewerkschaften (ehemalige Anhänger des Vichyregimes, Gaullisten und Schützlinge

der Unternehmer) und schliesslich eine Unzahl alleinstehender Verbände, die jeden Anschluss an eine grössere Vereinigung grundsätzlich ableh-

nen. Angeblich sollen die autonomen und die unabhängigen Gewerkschaften über je 250.000 Mitglieder verfügen.

Nach fünfjährigem Ringen um einen besseren Lebensstandard muss die französische Arbeiterschaft heute feststellen, dass sie praktisch

nichts erreicht hat. Die versprochenen Preissenkungen enttäuschten sie ebenso wie die mühsam erkämpften und im allgemeinen nach vier

Wochen durch die Preise wieder überholten Lohnaufbesserungen. Sie

nehmen daher jede Streikparole mit äusserstem Misstrauen auf. Trotz der begründeten Unzufriedenheit der Massen ist dieses Jahr mit einer Wiederholung der Streikwellen von 1947 und 1948 nicht zu rechnen. Lediglich die grösste Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit vermöchte die Arbeiterschaft vereint in einen dann völlig unpolitischen Generalstreik zu treiben.

Der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich lässt sich nicht allein aus dem überspitzten Individualismus der Franzosen erklären, die sich nur dann einem Verband anschliessen, wenn sie seine Unterstützung benötigen. Eine wesentliche Verantwortung trifft die Kommunisten, die von Anfang an versuchten, aus den Gewerkschaften ein ihnen dienendes, politisches Werkzeug zu machen und die damit die Bewegung auf ein falsches Gleis brachten. Anstatt sich positiv mit den grundsätzlichen französischen Wirtschaftsproblemen zu befassen, begnügten sich die Gewerkschaften mit der zum Leerlauf gewordenen Forderung nach Lohnerhöhung oder Freissenkung. Ferner wurde die Ausbildung der Kadere vollständig vernachlässigt. Die französischen Betriebsräte können sich nur mit zweitrangigen sozialen Angelegenheiten befassen, weil ihre Mitglieder in überwiegender Mehrheit nicht in der Lage sind, sich mit den Unternehmern über Bilanz und Gewinne zu unterhalten. Das gleiche gilt für den Grossteil der gewerkschaftlichen Funktionäre, die von den Wirtschaftsfragen kaum etwas verstehen.

Ein letztes Unglück der französischen Gewerkschaftsbewegungen sind die nichtssagenden Mitgliedsbeiträge. Im Durchschnitt zahlt der Arbeiter seiner Gewerkschaft im Monat weniger als einen Stundenlohn. Die auf diese Weise aufgebrachtten Mittel reichen dann nicht aus, einen selbst bescheidenen Verwaltungsapparat zu finanzieren.

Wohnungsbau kommt nicht voranSteuersenkung illusorisch? - Widerstände im Bundesrat

sp. Die dringendste Frage, vor der wir stehen, die Minderung der Wohnungsnot, hat eine bedauerliche neue Verzögerung erfahren: Der zuständige Bundestagsausschuss wird erst in der kommenden Woche wieder zusammentreten, nachdem am letzten Freitag der Wiederaufbauminister hatte erklären lassen, er könne über das Wohnungsbauprogramm der Regierung zunächst nichts als seine eigene Meinung sagen, denn das Kabinett als ganzes und die beteiligten anderen Minister hätten noch nicht Stellung bezogen.

Zugrunde liegt der Tatbestand, dass die Regierung zwischen ihrer Absicht einer fühlbaren Steuersenkung auf der einen Seite, den sozialpolitischen Forderungen des Bundeserbeitsministers, die natürlich Geld kosten, und der Finanzierung des Wohnungsbaues auf der anderen Seite keine Übereinstimmung herstellen kann. Gegen die Steuersenkung zeigt sich ein deutlicher Widerstand der Länderfinanzminister. Sie beziffern allein die beabsichtigte Senkung der Einkommensteuern auf 1 Milliarde, und sie nehmen an, dass weitere Steuersenkungspläne den Ausfall auf mindestens 1 1/2 Milliarden erhöhen werde. Ihre Forderung lautet dahin, zunächst für das laufende Haushaltsjahr, also bis 31. März 1950, die Steuersätze unverändert zu lassen und für die folgende Zeit Erleichterungen nur in dem Masse vorzunehmen, dass den Ländern die Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell gesichert bleibt. Man braucht die Bundesregierung für ihre Pläne die Zustimmung des Bundesrates. Setzen die Länder sich mit ihrer Forderung durch, so wird von einer fühlbaren Steuersenkung nicht mehr die Rede sein können.

Es fragt sich, wie dadurch die Aussichten für die Wohnungsbaufinanzierung beeinflusst werden. 1949 standen aus Haushaltsmitteln der Länder durch die Kredite des Reichsstocks für Arbeitseinsatz und aus den Zahlungen auf die Umstellungsgrundschulden insgesamt 1,1 Milliarden für die öffentliche Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung. Das ermöglichte den Wiederaufbau und die Neuerstellung von 166.000 Wohnungen. Darüber hinaus dürften durch die Steuerermäßigungen nach Paragraph 72 des Einkommensteuergesetzes (aufgrund der "kleinen Steuerreform") noch in erheblichem Masse zusätzlich Wohnungen entstanden sein. Man kann die Zahl der insgesamt geförderten

Objekte auf 190.000 - 200.000 beziffern. Das ist wesentlich mehr, als man zu Beginn des Jahres 1949 erwarten konnte.

Umso mehr droht aber für die Zukunft die Gefahr, dass die öffentliche Hilfe diesen Umfang 1950 bei weitem nicht mehr erreicht. Zumal die Pläne des Wohnungsministers, die er auf dem Bauvereinstag entwickelte, weniger auf das Bereitstellen öffentlicher Mittel zielen, als auf das Einräumen weiterer Steuerbegünstigungen, die privates Kapital in den Wohnungsbau locken sollen. Unter den Wohnungspolitikern gibt es aber kaum jemanden, der hiervon einen intensiven Wohnungsbau erwartet. Private Kreise würden ersparte Steuerbeträge sicher nur dann dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen, wenn die Steuerermässigung an diese Bedingung geknüpft ist. Für eine freiwillige Investierung dieser eingesparten Gelder bietet der soziale Wohnungsbau eine viel zu geringe Gewinnchance.

So entstehen durch das Zögern der Regierung immer neue Schwierigkeiten. Sie wird unter allen Umständen einen Ausweg aus dem aufgezeigten Dilemma finden müssen. Dazu wird gehören, dass sie Umfang und Charakter des Steuersenkungsversprechens aus der Wahlzeit überprüft.

Nachrichten aus der Ostzone:

Wieder Todesstrafe in der Ostzone

sp. Die sowjetische Militärverwaltung hat die Justizbehörden der Sowjetzone angewiesen, ab sofort den Befehl 160 vom 3. Dezember 1945 wieder anzuwenden. Dieser Befehl war von den Sowjets in den Monaten nach dem Zusammenbruch zur Bestrafung von "Saboteuren" und "Diversanten" erlassen worden. Er sieht für "verbrecherische Tätigkeit" und "Sabotage" Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren Gefängnis (Zwangsarbeit) und in besonderen Fällen die Todesstrafe vor.

- 0 -

Polizeischulen der Sowjetzone

sp. Die Polizeihochschule (frühere Höhere Polizeischule) ist von Berlin nach Cochem bei Dessau verlegt worden. In Döbeln/Sachsen wurde eine Grenzpolizeischule für die gesamte Sowjetzone errichtet. Die militärische Ausbildung liegt in den Händen von 16 ehemaligen Nazi-Offizieren. Die Leitung der Schule übernahm der bisherige Leiter der Landespolizeischule Sachsen, Inspekteur Arno Barthold.

31.10.1949

Berthold ist linientreuer Kommunist. Pirna/Sa. erhielt eine unter Aufsicht der Verwaltung des Innern stehende Nachrichtenschule. An allen Schulen überwiegen politischer Unterricht und militärischer Drill, Fachunterricht wird erst in zweiter Linie gegeben.

- 1 -

Gemäss SMA-Geheimbefehl Nr. II dürfen bei der Grenzpolizei keine Personen eingestellt werden, die sich länger als sechs Monate in westalliiertem Gefangenschaft befanden, aus Gebieten östlich von Oder und Neisse stammen und Blutsverwandte in den Westzonen oder in Westeuropa oder USA haben.

- 0 -

Villenkolonie für Parteifunktionäre

Im Mai 1945 wurde auch die Villenkolonie Wendenschloss bei Köpenick von den Russen beschlagnahmt. Vor kurzem sind die Russen ausgezogen. Anstatt nun die Wohnungen ihren Eigentümern zurückzugeben, streiten sich der Magistrat von "Gross"-Berlin unter Führung von Oberbürgermeister Ebert mit der Verwaltung des Innern, um ihre prominenten Spitzenfunktionäre dort unterzubringen.

- 0 -

Kohlen nur für die "Intelligenz"

sp. Während die Bevölkerung der Sowjetzone im allgemeinen so gut wie keine Kohlenzuteilungen erhält, werden an die "Intelligenz" nach einer Anordnung der DWK vom 7. Oktober 1949 "zur Verbesserung ihrer Lage" und "zur Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben" zentnerweise Kohlen abgegeben, an die Gruppe I 20 Zentner, an die Gruppe II 10 Zentner und an die Gruppe III 6 Zentner.

- 0 -

Kriegsgefangene im tschechischen Uranbergbau

sp. Wie durch Flüchtlinge bekannt wird, befinden sich seit Ende vorigen Jahres tausende von deutschen Kriegsgefangenen in den Uranbergwerken der Tschechoslowakei im Gebiet Joachimsthal, in denen dieselben unmenschlichen Verhältnisse wie im benachbarten Auer Gebiet herrschen. Die Kriegsgefangenen wurden direkt aus der Sowjetunion, aus Polen oder dem Baltikum in die Bergwerke überführt. Man versprach ihnen Freilassung "nach kurzen, harten Einsatz". Zunächst nach 13 Monaten Frontarbeit wurden die Kriegsgefangenen vor die Wahl gestellt, entweder sich weitere zwei Jahre für den sächsischen Uranbergbau zu verpflichten oder die "Durchführung weiterer Massnahmen" abzuwarten. Da die "weiteren Massnahmen" Zusammenfassung in einem berüchtigten Strafgefangenenlager in der CSR bedeuten, haben bereits mehr als 1500 Kriegsgefangene das "kleinere Übel", den Weg in die Uranhölle aus, gewählt.
